



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche war es wieder soweit und ich durfte eine große Reisegruppe aus dem schönen Lippe im politischen Berlin begrüßen. Was mich besonders freute, war die Tatsache, wie inhaltlich nah die Gruppe an meiner Arbeit in Berlin war, denn viele Reservisten waren unter den Reisenden. Wie immer gab es spannende Programmpunkte und wunderbare Gespräche. Natürlich wurde dabei die ganz aktuelle politische und gesellschaftliche Großwetterlage thematisiert. Beispielsweise kam die Frage auf, was das denn jetzt der verfassungswidrige Nachtragshaushalt bedeute. Tja, wenn ich darauf eine Antwort hätte. Fakt ist, wir haben es mit einer riesigen Lücke zu tun. Klimawende, Energiewende, Verkehrswende, Zeitenwende - die Ampel hat das große Wunsch-dir-was versucht mit Trickserieen zu finanzieren. Das ist nicht nur unredlich, sondern laut Bundesverfassungsgericht nicht zulässig und damit nichtig. Solch ein Urteil ist historisch und die Tragweite werden wir alle noch zu spüren bekommen. Ich für meinen Teil bin froh, dass der Verteidigungsetat und das Sondervermögen davon ausgenommen sind, allerdings trifft es die Gastronomie unglaublich hart. Seit Monaten versuchen wir als Union und die Branche selbst, den Kanzler und die Ampel an die gemachten Versprechen zu erinnern, denn ohne Planungssicherheit können Unternehmen nur schwer arbeiten. Nach einem nur kurzen Lichtblick, brach nun das Kartenhaus zusammen. Die Mehrwertsteuer in der Gastronomie wird am 1.1.24 wieder 19 Prozent betragen. Auch Schul- und Kitaverpflegung wird damit für alle Familien teurer. Das bedauere ich zutiefst.

Neben diesem Thema hatten wir es uns diese Woche vorgenommen, der Ukraine unsere umfassende und kontinuierliche Unterstützung zuzusagen. Unser Ziel ist und

bleibt die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine in den völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Außerdem haben wir einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Asylbewerberleistungsgesetzes eingebracht. Wir müssen derzeit alles tun, was dazu beiträgt, die Zahl der Asylbewerber in Deutschland zu reduzieren, um unsere Infrastruktur vor dem Kollaps zu bewahren und die Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung zu erhalten.

Zudem haben wir diese Woche gleich zwei Vorlagen mit dringend notwendigen Gesetzesverschärfungen zum Thema Antisemitismus in den Deutschen Bundestag eingebracht. Antisemitismus ist inakzeptabel und wir werden alles daran setzen, entschieden dagegen vorzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre und Eure
Kerstin Vieregge



DER UKRAINE ZUM SIEG VERHELFFEN

Seit fast zwei Jahren verteidigen die Ukrainer ihr Land gegen den völkerrechtswidrigen und brutalen Angriff Russlands. Die Ukraine verteidigt dabei nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern auch unsere Freiheit und die europäische Sicherheitsarchitektur. Aktuell ist die ukrainische Gegenoffensive ins Stocken geraten. Umso wichtiger ist es, die Ukraine weiter entschlossen und wirkungsvoll zu unterstützen.

Unser Ziel ist und bleibt die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine in den völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Sie muss die dafür notwendige politische, militärische und finanzielle Unterstützung erhalten. Dabei kommt es insbesondere auf den Faktor Zeit sowie die Qualität und Quantität der Unterstützung an. Im Gegensatz zur Bundesregierung

legen wir ein umfassendes Maßnahmenpaket vor, mit dem wir die Ukraine kurz-, mittel- und langfristig in ihrem Freiheitskampf unterstützen. Das heißt auch, dass der Ukraine endlich und unverzüglich die lang erbetenen TAURUS-Marschflugkörper im größtmöglichen Umfang geliefert werden müssen. Zusätzlich ist es unerlässlich, die Ukraine in eine Sicherheitsarchitektur einzubinden. Die EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine muss mit Leben gefüllt und formale Beitrittsgespräche aufgenommen werden. Dabei ist klar, dass auf dem weiteren Weg die Beitrittskriterien erfüllt und die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union berücksichtigt werden müssen.

[Mehr dazu...](#)



ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ WEITERENTWICKELN!

Die Anzahl der Asylbewerber in Deutschland ist aktuell sehr hoch. Die Länder und Kommunen sind inzwischen zunehmend überfordert. Ihre Infrastruktur, also z.B. das Schulsystem, die Kitas und auch Teile der Gesundheitsversorgung, gelangen an ihre Grenzen. Ein Grund für die große Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist eine hohe Sekundärmigration aus anderen EU-Staaten. Diese Sekundärmigration beruht u.a. auf unseren großzügigen Sozialleistungen: Bereits nach 18 Monaten werden bisher aus „Asylbewerberleistungsberechtigten“ sogenannte „Analogleistungs-berechtigte“, die einen Anspruch auf Leistungen in Höhe des Bürgergeldes haben.

Wir wollen die Bezugsdauer der Asylbewerberleistungen von 18 auf 36 Monate ausweiten. Das umfasst auch die verringerten medizinischen Leistungen. Grund dafür ist neben den o.g. Argumenten auch, dass sich die Laufzeit der Asylverfahren in Deutschland, die ein Grund für die Dauer der abgesenkten Leistungen ist, teilweise deutlich verlängert hat.

Wir müssen derzeit alles tun, was dazu beiträgt, die Zahl der Asylbewerber in Deutschland zu reduzieren, um unsere Infrastruktur vor dem Kollaps zu bewahren und die Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung zu erhalten. Mit der

Verlängerung der Bezugsdauer für abgesenkte Asylbewerberleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz setzten wir zügig eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern um. Dies ist jedoch nur eine erste Maßnahme, ein Anfang. Weitere Regelungen müssen folgen.

[Mehr dazu...](#)



DIGITALSTRATEGIE ZUR CHEFSACHE MACHEN!

Der Digital-Gipfel der Bundesregierung findet am 20./21. November 2023 in Jena statt. Aus Anlass des Gipfels ziehen wir eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren Ampel-Digitalpolitik. Als Ergebnis stellen wir unserem Antrag fest: Deutschland verschläft unter der Ampel-geführten Bundesregierung die Digitalisierung. Die Bundesregierung ruht sich ausschließlich auf den Fortschritten der vorherigen, CDU/CSU-geführten Bundesregierung aus. Eigene Projekte: Fehlanzeige. Fortgesetzt von den Projekten der Vorgängerregierung wird dagegen in Ansätzen etwa die Breitbandförderung – leider nur eingeschränkt mit Antragsstopp im Jahr 2022 und einem sehr späten Start kurz vor Ostern im Jahr 2023. Ob und wie die digitale Bildung, welche die CDU/CSU-geführte Bundesregierung u.a. mit dem Digitalpakt Schule vorangetrieben hatte, durch die Ampel fortgesetzt wird, ist bis heute offen. Auch im OZG-Prozess – der flächendeckenden Digitalisierung von Verwaltungsleistungen – hat die Bundesregierung Tempo und Verbindlichkeit herausgenommen und die Mittel reduziert. Die von der Vorgängerregierung auf den Weg gebrachte Registermodernisierung wird seit zwei Jahren aufgehalten.

[Mehr dazu...](#)



ARZNEIMITTELVERSORGUNG SICHERSTELLEN

In unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – werden angesichts der sich verstetigenden Medikamentenengpässe zahlreiche Maßnahmen gefordert, um die Rahmenbedingungen für Arzneimittelhersteller zu verbessern. Auch soll der Pharmadialog als Dialogformat wiederbelebt werden. Zugleich sollen die Vor-Ort-Apotheken eine stärkere Stellung erhalten, um die Abgabe von Arzneimittel besser bewerkstelligen zu können. Insbesondere auf Kinderarzneimittel legen wir unserem Antrag einen Fokus. Wir fordern eine ausgewogene Mischung von Maßnahmen, die zur Bewältigung von Lieferengpässen und Versorgungsmängeln bei Arzneimitteln beitragen. Wir greifen zudem viele Punkte auf, die auch von der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November im Beschluss „Sicherstellung der Arzneimittelversorgung“ gefordert wurden und damit für die Bundesregierung und die Koalition eigentlich selbstverständlich sein müssten.

[Mehr dazu...](#)



GESETZ ZUR SELBSTBESTIMMUNG IN BEZUG AUF DEN GESCHLECHTSEINTRAG

Mit dem Gesetz will die Ampel das Transsexuellengesetz in Deutschland ersetzen. Nach dem Gesetzentwurf soll transsexuellen, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen ermöglicht werden, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen ohne Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidungen zu ändern. Die Änderungen sollen beim Standesamt mit einer „Erklärung mit Eigenversicherung“ möglich sein. Laut Gesetzentwurf kann nach einem Jahr erneut eine Erklärung zur Änderung des Geschlechtsantrages und des Vornamens abgegeben werden. Für Minderjährige sollen grundsätzlich die gleichen Regeln gelten. Kinder bis 14 Jahre sollen durch bloße Erklärung ihrer Eltern den Geschlechtseintrag ändern können. Jugendliche ab 14 Jahren sollen eine Änderung selbst erklären können. Die Erklärung bedarf der Zustimmung der Sorgeberechtigten. Stimmen die Eltern als gesetzliche Vertreter nicht zu, so ersetzt das Familiengericht die Zustimmung, wenn die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen dem Kindeswohl nicht widerspricht. Können sich die Eltern nicht einigen, kann das Familiengericht auf Antrag eines Elternteils diesem die alleinige Entscheidung übertragen. Maßstab ist das Kindeswohl. Das Gesetz verbietet mit dem Offenbarungsverbot zudem die Offenlegung früherer Geschlechtseinträge oder Namen gegen den Willen der betroffenen Menschen. Bei Verstößen gegen das Offenbarungsverbot, bei denen eine schädigende Absicht gegen die betroffene Person vorliegt, können Bußgelder bis zu 10.000 Euro verhängt werden. Enge Verwandte sind vom Offenbarungsverbot ausgenommen. Mit dem Gesetzentwurf wird für den Zugang zu Einrichtungen und Räumen sowie zur Teilnahme an Veranstaltungen auf die Vertragsfreiheit und das Hausrecht des jeweiligen Eigentümers oder Besitzers sowie das Recht juristischer Personen, ihre Angelegenheiten durch Satzung zu regeln, verwiesen. Das Gesetz trifft keine Bestimmungen in Bezug auf medizinische Maßnahmen zur Angleichung der Geschlechtsmerkmale. Hier gelten weiterhin die einschlägigen medizinischen Regelungen und Leitlinien.

[Mehr dazu...](#)

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



Politik ist eine viel zu ernste Sache,
als dass man sie alleine den
Männern überlassen könnte.

Käte Strobel

POLITIK GEHÖRT GLEICHSAM AUCH IN FRAUENHAND

Popcorn und Cola, das gehört dazu im Kino. Und wenn die Wirtschaftsunioren Lippe einladen, fehlt auch der anschließende fruchtbare Austausch über das Gesehene nicht.

Der Dokumentarfilm DIE UNBEUGSAMEN, der den unerschrockenen, ehrgeizigen und immer wieder neu aufgenommenen Kampf der Politikerinnen in der Bonner Republik zeigt, bot reichlich Gesprächsstoff und eine Menge wertvoller Impulse für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auch in heutiger Zeit. Herzlichen Dank an die „WJler“ für den spannenden Abend und die wichtige Diskussion. Sie hat gezeigt: Wir sind noch lange nicht am Ende des Weges, den Frauen aus allen Parteien damals ebenso mutig, überlegt und kenntnisreich wie humorvoll geebnet haben. Es lohnt sich, ihn fortzusetzen, denn „Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie alleine den Männern überlassen könnte.“ Gemeinsam mit Ina Meise-Laukamp stehe auch ich hinter diesem Zitat der damaligen Bundesministerin Käte Strobel.



GLÜCKSLIGA DEUTSCHLAND!

Klar, Lipper sind Handball-Fans. Doch Maria Jørgensen und Andreas Stolle sind mehr: sie sind die Gründer der Glücksliga Deutschland. Von Bad Salzuflen aus treiben sie die wunderbare skandinavische Idee einer „ganz anderen Liga“ (LykkeLiga) für gehandicapte Kinder leidenschaftlich voran 🍌

Kinder zu Helden, Torjägern und Teamplayern zu machen, ist ihre Herzenssache. Dabei entsteht eine liebevolle Gemeinschaft der Unterstützung und Ermutigung, die über das Spielfeld hinausgeht. Gemeinsam erleben die munteren hbs.superkidz, Eltern, Geschwister und das engagierte Trainerteam junger HBS-Aktiver samstags die Freude an Bewegung und am Handball. Sie bereiten sich auf spannende Begegnungen mit befreundeten Glücksliga-Vereinen vor. Ich durfte beim Training dabei sein und bin begeisterter Fan der SuperKidz und der Glücksliga geworden 🍀 Inklusion nicht diskutieren, sondern machen – und bitte gern nachmachen! Sport kann Grenzen verschieben! Danke www.gluecksliga.com für dieses großartige Engagement!





Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den Wahlkreis 135 und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen über mich, meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Copyright © 2023 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?
Sie können Ihre persönlichen Daten ändern oder sich vom Newsletter abmelden.

